

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 11

Artikel: Polen zurück zur Sondergesetzgebung
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094337>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Polen zurück zur Sondergesetzgebung

Polen führt Schnellverfahren gegen politische Verbrecher ein, die zum Beispiel unerlaubterweise die Nationalhymne singen. Nächstes Traktandum ist die polizeiliche Straffung des Hochschulbetriebes. Ein geplanter Mord an Lech Walesa ist am schlecht gewählten Killer gescheitert, und möglicherweise führt die

letzte Runde der Preiserhöhungen zu einer sozialen Auseinandersetzung auf Biegen und Brechen. Hinter alledem stehen die sowjetischen Normalisierungswünsche. Moskau beharrt auf ihrer bedingungslosen Erfüllung. Dafür ist der Verbleib von Jaruzelski in seinem Amt wahrscheinlich nicht mehr Bedingung.

«Man kann nicht mit Schlagstöcken regieren», hatte Lech Walesa nach den Demonstrationen vom 1. Mai gesagt, und beigefügt, das Regime müsse nunmehr Bereitschaft zu Dialog und Kompromiss bekunden.

Das war ein Irrtum. Jedenfalls dann, wenn Walesa das Muss für das Regime nicht nur moralisch, sondern auch faktisch gemeint haben sollte. Das Regime sieht sich keineswegs zum Kompromiss genötigt, sondern zu einer Verschärfung der Repression.

Die Nötigung kommt wahrscheinlich ganz direkt aus Moskau. Es hatte (siehe letzte Nummer) tatsächlich etwas zu bedeuten, dass Gorbatschow bei seinem Besuch in Warschau offiziell erklärte, der Sozialismus sei in Polen nicht genügend stabilisiert, und die Sowjetunion sei bereit, das ihrige zur Krisenüberwindung beizutragen. Diese Aussage in der Form eines amtlichen Communiqués zeigte klar, dass sich die Sowjetführung nicht mehr mit schamhaft übertünchten Massnahmen zufriedengeben wollte. Sie verlangte, dass das polnische Regime sichtbare Zeichen seiner Kompromisslosigkeit setze.

Richtung Kriegszustand

Und die ersten Resultate liegen vor. Es handelt sich um Schritte zurück Richtung Kriegszustand.

Am 10. Mai hat der Sejm neue *Sondergesetze* verabschiedet, die ab 1. Juli für drei Jahre gültig sein sollen. Sie betreffen neben Massnahmen zur Bekämpfung der gewöhnlichen Krimi-

nalität vor allem Massnahmen zur Bekämpfung der politischen Opposition.

● Im Falle von «staatsfeindlichen Delikten» werden die polizeilichen Strafbefugnisse so ausgeweitet, dass der Angeklagte praktisch rechtlos ist.



Sokrates («Ich weiss, dass ich nichts weiss») in der Nachbehandlung: «Ich wusste gar nicht, dass ich schon alles weiss.» («Szpilki», Warschau, 7. 3. 1985)

● Man hat wieder die Möglichkeit zu gerichtlichen Schnellverfahren eingeführt, bei denen weder das Vorliegen einer Anklageschrift noch die Anwesenheit des Angeklagten oder seines Verteidigers erforderlich sind. Eine mündliche Anklage aufgrund von Polizeiaussagen genügt, um den Angeklagten «rechtskräftig» zu verurteilen.

● Schon die bloße Anwesenheit in einer Wohnung, die (nach Ermessen des Staatssicherheitsdienstes) als «verdächtig» bescheinigt ist, gilt als rechtserhebliche Straftat. Ebenso kann der bloße Aufenthalt auf einer Strasse geahndet werden, auf der «antisozialistische Aktionen» stattfinden.

● Zu den Straftaten, die im abgekürzten Verfahren geahndet werden können, gehören «unbefugtes Singen der Nationalhymne» (!!!), das Tragen der Landesfahne mit dem Solidarnosc-Schriftzug und die Verteilung von Flugblättern. Das alles kann «automatisch» mit drei Monaten Freiheitsentzug bestraft werden. (Die Nationalhymne ist in Polen praktisch zu einem Band der Bevölkerung geworden, die damit ihre Opposition zum Ausdruck bringt. Insbesondere singt man die Nationalhymne in den Kirchen und an den Gräbern von Regimeopfern.)

Mit diesen Sondergesetzen, die einen neuerlichen Schlag gegen die Bürgerrechte darstellen, kehrt man zum Ausnahmezustand zurück. Zwar haben die Juristenverbände, die Intellektuellen, die katholische Kirche und sogar die regimetreue «Bewegung für Nationale Wieder-

geburt» (PRON) gegen die Regimevorlage protestiert und sich gegen «die Gesetze zur Legalisierung von Willkür und Rechtslosigkeit» gestellt, aber vergebens. Offensichtlich liess die Order aus Moskau kein Zurückstecken zu, nicht einmal ein taktisches.

Die menschenrechtswidrigen Sondergesetze sind ein Fait accompli. Aber in der neuen Repressionskampagne stellen sie nur einen Anfang dar. Auf Parteiebene sind inzwischen die nächsten Massnahmenpakete umrissen worden. Sie zielen auf eine massive Einschränkung des intellektuellen und wissenschaftlichen Lebens ab.

An alle Eierköpfe: Maulkorb enger schnallen

Am 13. Mai begann die längst angekündigte Plenarsitzung des PVAP-Zentralkomitees. Referent des Politbüros war ZK-Sekretär Josef Czyrek. Er leitet zurzeit die aussenpolitische Abteilung des ZK und hat auch eine aussenpolitische Karriere hinter sich. Indessen hat er (der als möglicher Nachfolger von Jaruzelski gilt) wohl noch mehr vor sich. Hier war er jedenfalls befugt, im Namen des Politbüros ein heisses Eisen der Innenpolitik anzufassen: den Umgang mit den Intellektuellen.

Der Titel seines Referates lautete: «Standort und Aufgabe der Intelligenzia im Sozialismus». Inhaltlich präsentierte er sozusagen die Bestandteile zum Maulkorb, den man den Selbstdenkenden in Polen verpassen will.



— Nie potrafiać wymyślić Innych obietnic, zmienimy chociaż ich słownictwo...

«Neue Versprechen können wir uns keine mehr ausdenken, aber wir könnten doch wenigstens unseren Wortschatz ändern.» («Polityka», Warschau, 16. 3. 1985)

Walesa nach Frankreich?

Der französische Ministerpräsident Fabius hat Lech Walesa auf Ende Mai zu einem Symposium nach Paris eingeladen. Die Einladung ist gut gemeint, aber sie könnte zur Falle werden. Wenn Walesa annimmt, wird man ihm möglicherweise nach sowjetischem Vorbild die Wiedereinreise verweigern (eine gegenteilige Zusicherung der Regierung liesse sich durch einen befohlenen Sejm-Beschluss «ausser Kraft setzen»). Der polnische Regierungssprecher Urban hat auf Fragen von französischen Journalisten die Katze schon halbwegs aus dem Sack gelassen, als er Walesa höhnisch einen «möglichst langen Aufenthalt» in Frankreich wünschte. Dass das Regime am liebsten eine unbefristete Verlängerung hätte, daran ist nicht zu zweifeln.

Die Parteiführung fordert eine tiefgreifende Veränderung des bestehenden Hochschulgesetzes. Es geht darum, die Wissenschaft und die Wissenschaftler einer verstärkten Kontrolle von Partei und Staat (via Polizei und Sicherheitsdienst) zu unterstellen. Insbesondere will man die sicherheitsdienstliche «Loyalitätsüberprüfung» des wissenschaftlichen Personals wieder einführen. Ganz allgemein will man die «Betreuung» folgender Gruppen intensivieren: Dozenten, Lehrer, Journalisten und Studenten. Die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen soll strenger zensiert werden. Offenbar ist man bestrebt, das Niveau insbesondere der Geisteswissenschaften auf das Niveau der Parteipropaganda zu «heben».

Der (harte) Auftritt von Jozef Czyrek war am ZK-Plenum nicht das einzige Ereignis. Am 14. Mai gab man dort den Rücktritt von General Miroslaw Milewski bekannt, Politbüro-Mitglied und ZK-Sekretär. Er leitete bis dahin die ZK-Abteilung, die für Armee, Sicherheitsdienst und Kirche (übrigens eine bemerkenswerte Kompetenzkombination für ein «Parteiministerium») zuständig ist.

Der Rücktritt bedeutet wohl eine Episode im Seilziehen zwischen Armee und Sicherheitsdienst nach dem Mordfall Popieluszko. Dem Vernehmen nach hat man bereits etliche SD-Leute gesäubert. Der Rivale des gestürzten Milewski, der Innenminister General Czeslaw Kiszczak, hat seine Karriere im militärischen Abwehrdienst gemacht. Er hat einen «neuen Arbeitsstil» des Sicherheitsdienstes angekündigt. Was man sich darunter vorzustellen hat, bleibt ein Geheimnis. Aber es könnte unter anderem bedeuten, dass der SD seine künftigen

Morde nicht mehr von seinen eigenen Beamten ausführen lässt, sondern von dazu angeworbenen Killern.

Ein Killer für Walesa

Jedenfalls ist in Polen der Plan eines Mordes an Lech Walesa bekannt geworden. Dazu war ein Killer vorgesehen, der aber «versagte». Statt seinen Auftrag auszuführen, offenbarte er ihm dem vorgesehenen Opfer und bekannte, von «anonymen Auftraggebern» angeheuert worden zu sein. Dreimal darf man raten, wer da wohl in Betracht käme.

Der Fall ist vielleicht für den «neuen Arbeitsstil» des SD symptomatisch.

Am 9. Mai wurde der 34jährige Jozef Heronim Szczepanski verhaftet. Er liess sich von Walesa zur Staatsanwaltschaft bringen.

Dieser Szczepanski war 1981 wegen eines (unpolitischen) Mordes an einem Polizisten zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Während seines Gefängnisaufenthaltes wurde er von einer «unbekannten, illegalen Organisation» angeworben und mit einem Mord auf Bestellung beauftragt; die Identität des Opfers wurde ihm damals nicht mitgeteilt. Er nahm den Auftrag an, und «zufällig» erhielt er danach einen Gefängnisurlaub von einem halben Jahr.

Die «Unbekannten» stellten ihm für ordnungsgemässe Erledigung des Auftrages eine mehrfache Belohnung in Aussicht: eine hohe Geldsumme in Dollar, einen Reisepass für das Ausland und Straferlass in Polen. Zur Durchführung des Auftrages gab man ihm eine Schusswaffe amerikanischer Herkunft. (Wäre der Anschlag gelungen, hätte man vermutlich mit Hilfe der Waffe «bewiesen», dass die CIA den Mord begangen habe, um einen Märtyrer zu schaffen.)

Nun erst gab man dem Killer den Namen seines Opfers bekannt. Als ihn Szczepanski vernahm, erschrak er. Er begab sich zu Walesa und orientierte ihn persönlich über den Mordplan. Walesa riet ihm, sich der Justiz zu stellen, und gab den Vorfall der Öffentlichkeit bekannt.

Die Angaben über den geplanten Mord stammen natürlich vom Manne, der sich selbst als Killer bezeichnet hat. Man kann sie bezweifeln. Man kann sich aber auch fragen, weshalb er lügen sollte.

Falls es sich um einen Mordauftrag handelte, ist das Verhalten des in Aussicht genommenen Killers durchaus plausibel: Als er vernahm, dass Walesa das Opfer sein sollte, konnte er sich leicht ausrechnen, dass seine Auftraggeber danach auf keinen Fall einen überlebenden Zeugen brauchen konnten und dass die Erfüllung des Auftrags mit Sicherheit keinen Pass ins Ausland, sondern einen Pass ins Jenseits bedeuten würde. Das schliesst nicht aus, dass auch seine Aussage stimmen kann, wonach er es nicht über sich bringen konnte, Walesa umzubringen. Auch ein Killer mag Hemmungen



Walesa und die Solidarnosc im pseudopolnischen Schraubstock, eine amerikanische Karikatur.

haben, sich am Symbol der Nation zu vergreifen.

Andererseits mag sich Szczepanski ausrechnen, dass es beim jetzigen Stand der Dinge den Machthabern eher daran gelegen sein kann, ihn als wichtigtuenden Phantasten (oder was auch immer) am Leben zu lassen, als daran, ihn zu töten und dadurch zusätzliche Verdachtsmomente zu schaffen.

Aber wie immer: die Auswahl an «unbekannten Auftraggebern» ist natürlich fiktiv. Wer hätte einem verurteilten Mörder denn schon Gefängnisurlaub, Reisepass, Devisen und Waffen besorgen können, wenn nicht der Sicherheitsdienst?

Die These, dass das Regime kein Interesse an einem Märtyrer Walesa haben könne, hat etwas für sich. Aber ebenso hatte vor einem Jahr auch die These etwas für sich, dass das Regime auf keinen Fall ein Interesse an Märtyrerpriestern haben könne... Widerstandssymbole sind auch dann gefährlich, wenn sie am Leben bleiben.

Heute bietet sich dem Regime noch eine Möglichkeit: Walesa auszuschaffen (siehe Kasten).

Und hinter allem polnischen Geschehen steht das Drängen der Sowjets, deren Geduld zu Ende geht. Sie zeigen immer deutlicher, dass sie der Halbheiten überdrüssig sind. In ihren Augen ist es wohl an der Zeit, dass in Polen die Hoffnung der Opposition geknickt wird, wenn man sie schon durch taktische Massnahmen nicht hat beugen können. Die geschichtlichen Erfahrungen sehen in Moskau anders aus als in

Warschau. Die sowjetische Führung hat schon manchen Imageverlust in Kauf genommen, um die Macht wiederherzustellen und auszuweiten. Für sie hängt das Image von der Macht ab, nicht die Macht vom Image.

Die wahrhaftige Preisfrage

Lech Walesa als lebendiges Symbol der polnischen Arbeiterschaft ist den Machthabern ein dauerndes Ärgernis, aber gerade jetzt hat er darüber hinaus eine akute Bedeutung. Und zwar im Zusammenhang mit der nächsten Runde der Preiserhöhungen, die bei den sozialen Spannungen in Polen wie immer eine erst-rangige Wichtigkeit haben.

In der Frage der Preise sind die Fronten im Augenblick überaus klar und scheinen unverrückbar:

- Das Regime hat die weiteren Preiserhöhungen (für Fett, Fleisch, Fleischprodukte und weitere Waren) verbindlich angekündigt und will sie durchboxen. Von dieser Linie kann es ohne Gesichtsverlust nicht mehr abweichen.

- Die verbotene Arbeitergewerkschaft «Solidarnosc», aber auch die offiziellen Gewerkschaften stellen sich eindeutig gegen die Preiserhöhungen, es sei denn, diese würden durch Lohnausgleich kompensiert. Die Partei schliesst diese Möglichkeit aus und nennt die Bestrebungen dazu «antisozialistisch» und «konterrevolutionär». Mit diesem Feindvokabular hat sie sich gewissermassen selber einen Rückzieher verboten.

Der General und der Frauenrock

Preiserhöhungen sind in Polen schon mehrmals die Tropfen gewesen, die das Fass zum Überlaufen brachten. Sie führten (mittelbar bis unmittelbar) zum Sturz von Edward Ochab 1956, von Wladyslaw Gomulka 1970, von Edward Gierek 1980. Und heute will es Wojciech Jaruzelski darauf ankommen lassen. Wobei die Sowjets im Hintergrund vielleicht nicht mehr soviel dagegen haben, es auf Wojciech Jaruzelski ankommen zu lassen.

In Polen witzelt man, Jaruzelski sei wie ein Frauenrock: Man weiss nicht, *wann* er fällt; man weiss nur, *dass* er fällt. Indessen ist es im Ernst sehr wohl möglich, dass die Sowjets ihre Normalisierungswünsche dem General mit einem «tröstlichen» Zusatz unterbreiten: Falls du das nicht kannst, mach dir keine grossen Sorgen; wir finden schon jemanden, der es kann.

Polen muss, so lautet die Devise in Moskau, gezügelt werden. Wie der Fuhrmann heisst, spielt dabei keine Rolle.

Bohdan Gorski



Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt» der Berliner AVUS

«Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schießen.»

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM —.50 pro Stück (ab 10 Stück —.40) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206-604, «Russland-und-wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.